



PRESSEMITTEILUNG der CDU Frankfurt Dornbusch-Ginnheim

CDU Dornbusch-Ginnheim übt Kritik an Radwegplanung - “Intransparente Entscheidungen ohne Bürgerbeteiligung”

Dornbusch, 10. September 2024 – Die CDU Dornbusch-Ginnheim äußert scharfe Kritik an der mangelnden Transparenz und fehlenden Einbindung der betroffenen Bürger und Gewerbetreibenden bei der Planung und Umsetzung der neuen Radwege an der Eschersheimer Landstraße.

Evangelia Georgalis, Vorsitzende der CDU Dornbusch-Ginnheim, erklärt: „Während die Sicherheit im Verkehr für alle Beteiligten selbstverständlich höchste Priorität hat, ist es absolut inakzeptabel, dass solch weitreichende Maßnahmen ohne die Einbindung derjenigen umgesetzt werden, die direkt davon betroffen sind. Es kann nicht sein, dass Anwohner und Geschäftsleute erst aus der Presse von solch gravierenden Veränderungen erfahren müssen – das sorgt für unnötige Unruhe und berechtigten Unmut.“

Die CDU Dornbusch-Ginnheim kritisiert zudem die als positiv dargestellte Parkplatzbilanz. „Eine neu eingerichtete Ladezone ist nicht dasselbe wie ein weggefallener Parkplatz. Gewerbetreibende sind darauf angewiesen, dass ihre Kunden auch Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe finden. Der Verlust von Stellplätzen trifft viele Geschäfte hart“, betont Georgalis. Zudem sei die Parkplatzbilanz irreführend, da die tatsächlichen Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Der Stadtbezirksverband zeigt sich besonders empört: „Es kann nicht sein, dass Maßnahmen in kürzester Zeit und in Windeseile umgesetzt werden, ohne die genauen Pläne vorher den Gewerbetreibenden vor Ort sowie dem Ortsbeirat und den Bürgern offiziell auf einer seiner Sitzungen vorzustellen. Erst aus der Presse erfährt man darüber. Das führt zu einer großen Unruhe und Unsicherheit bei den Geschäftsleuten. Es kann nicht sein, dass die Verantwortlichen es für angemessen halten, die Bürger vor vollendete Tatsachen zu stellen, anstatt sie frühzeitig in die Planungen einzubinden.“



Ähnliche Vorgehensweisen des Mobilitätsdezernats haben bereits andernorts im Stadtgebiet zu Verunsicherung und Unmut geführt und sorgen nun auch im Dornbusch für Aufregung. „Wir sehen mit Sorge, dass das Mobilitätsdezernat erneut ohne ausreichende Transparenz und Bürgerbeteiligung agiert. Dies hat bereits an anderen Stellen in Frankfurt zu Problemen geführt, und wir dürfen nicht zulassen, dass sich dies hier im Dornbusch wiederholt.“

Die CDU Dornbusch-Ginnheim fordert daher eine sofortige Nachbesserung im Informations- und Beteiligungsprozess. Die Stadtverwaltung muss eine verpflichtende frühzeitige Einbindung der Menschen, die von solchen Umbau- und Verkehrsmaßnahmen existentiell betroffen sind, in die Planungen sicherstellen: „Es ist unerlässlich, dass vor allem der Geschäftsring und die Gewerbetreibenden, die Ortsbeiräte und die Bürger vor Ort von Anfang an in solche Projekte und bei den Planungen eingebunden werden, bevor diese umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Entscheidungen, die so gravierende Auswirkungen auf das tägliche Leben und die Existenz der Menschen vor Ort haben, hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Nur durch eine offene und transparente Kommunikation können wir sicherstellen, dass die Maßnahmen wirklich den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht werden“, schließt Georgalis.